

MINISTERIALBLÄTT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe B

28. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 30. Oktober 1975	Nummer 120
--------------	--	------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
203013	3. 10. 1975	AV d. Justizministers Ausbildungsordnung für die Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes	1902
2160	6. 10. 1975	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Täger der freien Jugendhilfe – DJO – Deutsche Jugend in Europa – Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. –	1903
2161 2061	1. 10. 1975	Gem. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales und d. Innenministers Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften	1903
8054	6. 10. 1975	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Durchführung der Arbeitsschutz-Verordnung auf Winterbaustellen – Anforderungen an Winterschutzkleidung –	1905
8300	7. 10. 1975	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz (BVG); Kinderzuschlag nach § 33b BVG und Übergangszuschlag nach Artikel 43 EG – ESTRG	1905

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
Ministerpräsident	
8. 10. 1975	1905
Bek. – Honorarkonsulat von Haiti, Düsseldorf	
8. 10. 1975	1906
Bek. – Ungültigkeit eines Ausweises für Mitglieder des Konsularkorps	
15. 10. 1975	1906
Bek. – Königlich Marokkanisches Generalkonsulat Düsseldorf	
16. 10. 1975	1906
Bek. – Konsulat der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Dortmund	
Innenminister	
17. 10. 1975	1907
Bek. – Fortbildungslehrgänge des Landesverbandes NW des Deutschen Volksheimstättenwerks	
Finanzminister	
14. 10. 1975	1906
Bek. – Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Nordrhein-Westfälischen Hochschulbau- und Finanzierungs-gesellschaft mbH, Düsseldorf	
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
13. 10. 1975	1909
Mitt. – Aufstellung über die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. 9. 1975 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 30. 9. 1975	
Personalveränderungen	
Innenminister	1906
Landschaftsverband Rheinland	
8. 10. 1975	1907
Bek. – Mitgliedschaft in der 6. Landschaftsversammlung Rheinland	

203013

I.

**Ausbildungsordnung
für die Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes**

AV d. Justizministers v. 3. 10. 1975 (2371 – I C. 6)

Aufgrund des § 15 Abs. 2 des Landesbeamten gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1970 (GV. NW. S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. April 1975 (GV. NW. S. 286). – SGV. NW. 2030 – wird für die Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes folgende Ausbildungsordnung erlassen:

§ 1

Erwerb der Befähigung

Die Befähigung für den Justizwachtmeisterdienst besitzt, wer einen Vorbereitungsdienst erfolgreich abgeleistet hat.

§ 2

Voraussetzungen der Einstellung

In den Vorbereitungsdienst kann eingestellt werden, wer

1. die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten erfüllt,
2. im Zeitpunkt der Einstellung mindestens 18 Jahre und noch nicht 34 Jahre und sechs Monate, als Inhaber eines Eingliederungs- oder Zulassungsscheins noch nicht 40 Jahre, als Schwerbehinderter noch nicht 42 Jahre und sechs Monate alt ist,
3. eine Hauptschule mit Erfolg besucht hat oder einen entsprechenden Bildungsstand besitzt,
4. die für den Justizwachtmeisterdienst erforderliche gesundheitliche Eignung, als Schwerbehinderter das für den Justizwachtmeisterdienst erforderliche Mindestmaß körperlicher Rüstigkeit nachweist.

§ 3

Bewerbung und Einstellung

(1) Der Bewerber richtet sein Gesuch an den Präsidenten des Oberlandesgerichts, in dessen Bezirk er eingestellt zu werden wünscht.

(2) Dem Gesuch sind beizufügen:

1. ein selbstverfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf und ein Lichtbild unter Angabe des Aufnahmehauses,
2. eine Geburtsurkunde oder ein Geburtsschein,
3. eine Erklärung, daß der Bewerber Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist,
4. das Abschlußzeugnis der Hauptschule oder ein Zeugnis über eine entsprechende Schulbildung,
5. Zeugnisse über Beschäftigungen seit der Schulentlassung,
6. eine Erklärung, ob und welche Schulden der Bewerber hat,
7. eine Erklärung, ob der Bewerber gerichtlich bestraft ist und ob gegen ihn ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen eines Vergehens oder Verbrechens anhängig ist oder innerhalb der letzten drei Jahre anhängig gewesen ist,
8. bei Minderjährigen die Einwilligung der gesetzlichen Vertreter.

(3) Ein Bewerber, der bereits im Justizdienst steht, reicht sein Gesuch auf dem Dienstwege ein. Soweit die erforderlichen Unterlagen in den Personalakten enthalten sind, kann auf sie Bezug genommen werden. Der Leiter der Beschäftigungsbehörde hat sich eingehend über den Bewerber zu äußern.

(4) Vor der Entscheidung über das Einstellungsgesuch fordert der Präsident des Oberlandesgerichts den Bewerber auf, ein zur Vorlage bei einer Behörde bestimmtes Führungszeugnis (§ 28 Abs. 5 BZRG) zu beantragen. Gleichzeitig veranlaßt er die ärztliche Untersuchung und Begutachtung des Bewerbers durch das Gesundheitsamt.

Dienstverhältnis und Dienstbezeichnung

(1) Der Bewerber wird in das Beamtenverhältnis auf Wideruf berufen und leistet bei seinem Dienstantritt den Dienstleid.

(2) Der Beamte führt während des Vorbereitungsdienstes die Dienstbezeichnung „Justizoberwachtmeisteranwärter“.

§ 5

Dauer des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert sechs Monate. Der Vorbereitungsdienst kann bis zu einem Jahr verlängert werden, wenn der Anwärter den Anforderungen noch nicht genügt.

(2) Einem Bewerber, der sich vor der Einberufung mindestens ein Jahr im Justizdienst bewährt hat, kann diese Zeit auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden.

(3) Krankheitszeiten werden regelmäßig nur insoweit ange- rechnet, als sie zusammen 15 Arbeitstage nicht überschreiten.

(4) Entscheidungen nach den Absätzen 1 bis 3 trifft der Präsident des Oberlandesgerichts.

§ 6

Ausbildung

(1) Die Ausbildung der Anwärter leitet der Präsident des Oberlandesgerichts. Er bestimmt die Gerichte, bei denen der Anwärter ausgebildet wird.

(2) Für die Ausbildung ist der Behördenleiter verantwortlich. Er beauftragt mit der Leitung und Beaufsichtigung der Ausbildung den Geschäftsleiter oder einen anderen Beamten des gehobenen Justizdienstes, der sich am Ende der Ausbildung über die Eignung und Leistung des Anwärters zu äußern hat. Die praktische Ausbildung des Anwärters erfolgt unter der Anleitung eines geeigneten Beamten, nach Möglichkeit des Justizwachtmeisterdienstes. Der theoretische Unterricht ist von Richtern, Staatsanwälten oder Beamten des Justiz-, des Vollzugs- oder des Verwaltungsdienstes zu erteilen.

§ 7

Praktische Ausbildung

(1) Während des Vorbereitungsdienstes sind dem Anwärter die notwendigen Kenntnisse der geschäftlichen Einrichtungen der Justizbehörden und der im Justizwachtmeisterdienst anzuwendenden Vorschriften, insbesondere der über das Zustellungswesen, den Sitzungs-, Vorführungs-, Sicherheits- und Ordnungsdienst sowie über den Waffengebrauch, zu vermitteln. Er ist mit den Verrichtungen des Justizwachtmeisterdienstes (§§ 2 bis 4 der Dienstordnung) praktisch vertraut zu machen, in der waffenlosen Kampfesweise zu üben und bis zur Dauer eines Monats im Aufsichtsdienst einer Justizvollzugsanstalt zu unterweisen. Soweit durchführbar, soll ihm auch Gelegenheit gegeben werden, den Dienst bei einer Staatsanwaltschaft kennenzulernen.

(2) Während des Vorbereitungsdienstes können die Anwärter zum Zwecke der gemeinsamen Ausbildung bei einem Gericht oder mehreren dafür geeigneten Gerichten bis zur Dauer von drei Monaten zusammengefaßt werden, wenn und soweit dies im Interesse einer sachgemäßen Ausbildung zweckmäßig ist.

§ 8

Theoretische Ausbildung

(1) Die praktische Ausbildung wird durch einen theoretischen Unterricht ergänzt.

(2) Als Unterrichtsthemen sind zu behandeln:

Überblick über das Recht und die Funktionen des öffentlichen Dienstes,

Überblick über die Gerichtsorganisation sowie über die Aufgaben und die Organisation der Strafjustiz,

Sitzungs-, Vorführungs-, Sicherheits- und Ordnungsdienst,

Umgang mit dem Publikum und den Verfahrensbeteiligten,

Bestimmungen über das Zustellungswesen (ZPO, ZRHO, RiVAsT) und die Behandlung der Postsendungen,

sonstige Aufgaben nach der Dienstordnung für die Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes,

wesentliche Bestimmungen der Aktenordnung,

Gesetz über die Ausübung und Grenzen des unmittelbaren Zwanges und Bestimmungen über die Ausstattung

der Beamten des Justizwachtmeisterdienstes mit Schußwaffen und Gummiknöpfen,

Grundkenntnisse in Erster Hilfe.

(3) Auf den Unterricht sind insgesamt mindestens 32 Unterrichtsstunden zu verwenden; ihre Verteilung bestimmt der Justizminister.

§ 9

Schriftliche Arbeiten

(1) Der Anwärter hat während des Vorbereitungsdienstes mindestens drei schriftliche Arbeiten zu fertigen; die Themen sind den Aufgabengebieten des Justizwachtmeisterdienstes zu entnehmen.

(2) Die Arbeiten werden von dem Leiter der Behörde oder von einem von diesem bestimmten Richter oder Beamten gestellt, bewertet und alsdann mit dem Anwärter besprochen.

(3) Die schriftlichen Arbeiten sind zu einem besonderen Aufgabenheft zu nehmen und aufzubewahren.

§ 10

Zeugnisse

(1) Jeder, dem ein Anwärter zur Ausbildung zugewiesen ist, hat sich in einem eingehenden Zeugnis über Persönlichkeit, Fähigkeit, Kenntnisse, Leistungen, Stand der Ausbildung und Führung des Anwärters zu äußern.

(2) Die Leistungen im Vorbereitungsdienst sind wie folgt zu bewerten:

sehr gut	= eine besonders hervorragende Leistung
gut	= eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistung
vollbefriedigend	= eine über dem Durchschnitt liegende Leistung
befriedigend	= eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht
ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht
mangelhaft	= eine an erheblichen Mängeln leidende, im ganzen nicht mehr brauchbare Leistung
ungenügend	= eine völlig unbrauchbare Leistung.

(3) Jedes Zeugnis ist dem Anwärter zur Kenntnahme vorzulegen. Enthält das Zeugnis Bemängelungen, so ist es mit dem Anwärter zu besprechen. Die Zeugnisse sind – gegebenenfalls mit einer Gegenäußerung des Anwärters – in einem besonderen Heft zu den Personalakten zu nehmen.

§ 11

Befähigungsbericht

(1) Vor Beendigung des Vorbereitungsdienstes berichtet die Ausbildungsbehörde den Präsidenten des Oberlandesgerichts unter Beifügung des Aufgabenheftes, ob der Vorbereitungsdienst als erfolgreich abgeleistet angesehen werden kann.

(2) Der Präsident des Oberlandesgerichts entscheidet aufgrund des Berichts der Ausbildungsbehörde und der schriftlichen Arbeiten, ob und mit welcher Note der Anwärter die Befähigung für die Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes erworben hat. Die Entscheidung ist dem Anwärter mitzuteilen.

(3) Hält der Präsident des Oberlandesgerichts den Anwärter aufgrund des Berichts der Ausbildungsbehörde noch nicht ausreichend für die Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes ausgebildet, so verlängert er den Vorbereitungsdienst und regelt dessen Art und Dauer (§ 5 Abs. 1 Satz 2).

(4) Ein Bewerber, der nach § 5 Abs. 2 in Verbindung mit § 13 unmittelbar in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden soll, muß vor seiner Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe an einer theoretischen Unterweisung teilgenommen haben, in der die in § 8 Abs. 2 genannten Themen behandelt worden sind. Ferner hat er vor seiner Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe eine schriftliche Arbeit aus dem Aufgabenbereich des Justizwachtmeisterdienstes zu fertigen; die Absätze 1 und 2 sowie § 9 gelten entsprechend. Der Bewerber soll nach Möglichkeit bis zur Dauer eines Monats im Aufsichtsdienst einer Justizvollzugsanstalt und im Waffengebrauch unterwiesen worden sein.

§ 12 Entlassung

(1) Erfüllt ein Anwärter die an ihn zu stellenden Anforderungen in körperlicher, geistiger oder charakterlicher Hinsicht nicht oder erbringt er fortgesetzt nur mangelhafte oder ungenügende Leistungen oder liegt sonst ein wichtiger Grund vor, so kann er aus dem Vorbereitungsdienst entlassen werden.

(2) Die Entscheidung trifft der Präsident des Oberlandesgerichts.

§ 13

Ernennung

Nach erfolgreicher Ableistung des Vorbereitungsdienstes wird der Anwärter, sofern die sonstigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, unter Verleihung der Eigenschaft eines Beamten auf Probe zum „Justizoberwachtmeister zur Anstellung (z.A.)“ ernannt.

§ 14

Inkrafttreten

(1) Die Ausbildungsordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Ausbildungsordnung für die Laufbahn des einfachen Justizdienstes vom 11. Juli 1967 (SMBL. NW. 203013) außer Kraft.

– MBL. NW. 1975 S. 1902.

2160

Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

– DJO – Deutsche Jugend in Europa –
Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. –

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 6. 10. 1975 – IV B 2 – 6113/D

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung vom 6. August 1970 (BGBl. I S. 1197), zuletzt geändert durch Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt – AG-JWG – in der Fassung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504), – SGV. NW. 216 – öffentlich anerkannt:

DJO – Deutsche Jugend in Europa –
Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.

Sitz Düsseldorf
(am 28. 6. 1958)

mit den Bezirksverbänden

Aachen, Köln, Düsseldorf, Ruhr, Sauerland, Detmold,
Niederrhein, Münster

sowie in allen kreisfreien Städten und Kreisen bestehenden Kreisverbänden.

Die Bek. v. 12. 7. 1968 (MBL. NW. S. 1213) ist insoweit gegenstandslos.

– MBL. NW. 1975 S. 1903.

2161 2061

Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften

Gem. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
– IV B 4 – 6310.0 – und d. Innenministers
– I C 3/19-94.11.14 – v. 1. 10. 1975

Zur Durchführung des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. April 1961 (BGBl. I S. 497), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), ergeht im

Einvernehmen mit dem Justizminister folgende Verwaltungs vorschrift zugleich als allgemeine Weisung nach § 9 Abs. 2 Buchstabe a) des Ordnungsbehördengesetzes (OBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Oktober 1969 (GV. NW. S. 732), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. November 1973 (GV. NW. S. 488), – SGV. NW. 2060 –:

1. Zweck des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS) ist es, Kinder und Jugendliche vor jugendgefährdenden Schriften zu schützen.
 - 1.1 Jugendgefährdende Schriften sind Schriften, die geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich zu gefährden (§ 1 Abs. 1 Satz 1 GjS). Dazu zählen vor allem unsittliche, verhörend wirkende, zu Gewalttätigkeiten, Verbrechen oder Rassenhaß anreizende sowie den Krieg verherrlichende Schriften (§ 1 Abs. 1 Satz 2 GjS).
 - 1.2 Den Schriften im Sinne dieser Vorschriften stehen Ton- und Bildträger, Abbildungen und andere Darstellungen gleich (§ 11 Abs. 3 StGB, § 1 Abs. 3 GjS).
 - 1.3 Das Gesetz sieht zur Erreichung seines Schutzzweckes bestimmte Vertriebs- und Werbeschränkungen vor (§§ 3 bis 5 GjS). Diese Beschränkungen treten dann ein, wenn die Schrift in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufgenommen ist. Nach § 6 GjS unterliegen den Beschränkungen der §§ 3 bis 5 – auch ohne Aufnahme in die Liste und Bekanntmachung – ferner:
 1. Schriften, die Gewalttätigkeiten gegen Menschen in grausamer oder sonst unmenschlicher Weise schildern und dadurch eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrücken oder die zum Rassenhaß aufstacheln (§ 131 StGB),
 2. pornographische Schriften (§ 184 StGB),
 3. sonstige Schriften, die offensichtlich geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden.
 - 1.4 Über die Aufnahme in die Liste der jugendgefährdenden Schriften entscheidet die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in der Regel nur auf Antrag. Antragsberechtigte sind nach § 2 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 1962 (BGBl. I S. 596), geändert durch Gesetz vom 12. Mai 1967 (BGBl. I S. 525), die obersten Jugendbehörden der Länder und der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

Im Lande Nordrhein-Westfalen ist die oberste Jugendbehörde der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der auf Grund an ihn gerichteter Anregungen prüft, ob für die Schriften ein Antrag auf Aufnahme in die Liste zu stellen ist.
- 1.5 Anregungen sollen mit einer eingehenden Begründung versehen sein, die erkennen läßt, worin im einzelnen die Jugendgefährdung gesehen wird und ggf. aus welchen Gründen das Vorliegen von Ausnahmetatbeständen im Sinne des § 1 Abs. 2 GjS zu verneinen ist. Um der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften die Verbreitung der Schrift nachzuweisen, soll aus der Anregung hervorgehen, wo die Schrift erworben wurde und – soweit bekannt – von welchen sonstigen Stellen sie vertrieben wird. Der Anregung soll mindestens ein Belegexemplar beigelegt werden.
- 1.6 Zum wirksamen Schutz der Kinder und Jugendlichen vor den für sie schädlichen Schriften bedarf es der regelmäßigen Zusammenarbeit der Jugendämter, der Polizei und der Ordnungsbehörden sowie aller sonstigen mit Jugendschutzaufgaben befaßten Personen und Institutionen, insbesondere der freien Träger der Jugendhilfe, der Schulen und der Schulpflegschaften.
- 1.7 Auskünfte zum literarischen Jugendschutz, insbesondere über die Entscheidungen der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften geben
 - die Aktion Jugendschutz – Bundesarbeitsstelle – in 44 Münster/Westf., Salzstr. 8;
 - die Aktion Jugendschutz – Landesarbeitsstelle Nordrhein-Westfalen e. V. – in 5 Köln 80, Bergisch Gladbacher Str. 599;
 - die Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz Nordrhein-Westfalen e. V. in 44 Münster/Westf., Havichhorststr. 12;
 - der Ev. Arbeitskreis für Jugendschutz Nordrhein-Westfalen in 44 Münster/Westf., Friesenring 34.
2. Eine enge Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden und den für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Verwaltungsbehörden ist im Interesse eines wirksamen Jugendschutzes unerlässlich.
 - 2.1 Der Justizminister hat die Staatsanwaltschaften durch RV vom 4. Juli 1975 (4736 – III A. 1) angewiesen, über die Einleitung von Verfahren wegen Straftaten nach den §§ 131, 184 StGB, § 21 in Verbindung mit § 6 Nr. 3 GjS und § 56 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe i), § 145 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a), § 148 GewO, soweit sie Schriften betreffen, die nicht bereits in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufgenommen worden sind, dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unmittelbar zu berichten. Hierdurch wird es ermöglicht, daß hinsichtlich der für jugendgefährdend gehaltenen Schriften ein Indizierungsverfahren schon vor Rechtskraft einer gerichtlichen Entscheidung eingeleitet wird.
 - 2.2 Über die Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren nach den §§ 119 oder 120 OWiG sowie nach § 56 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe i) in Verbindung mit § 145 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a) GewO, soweit sie Schriften betreffen, die nicht bereits in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufgenommen worden sind, haben die Ordnungsbehörden dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unmittelbar und unverzüglich zu berichten. Hierdurch wird die Möglichkeit geschaffen, daß für Schriften, die als jugendgefährdend anzusehen sind, neben dem Ordnungswidrigkeitsverfahren auch ein Indizierungsverfahren eingeleitet wird.
 - 2.3 Jugendgefährdende Schriften, die nicht in die Liste aufgenommen werden können, weil sie nicht hinreichend zu kennzeichnen sind, sollen unmittelbar dem Generalstaatsanwalt in Düsseldorf – Zentralstelle des Landes Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung gewaltverherrlichender, pornographischer und sonstiger jugendgefährdender Schriften –, 4000 Düsseldorf, Ceciliengasse 3, zur Erfassung und ggf. zur Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen zugeleitet werden.
3. Zur Durchsetzung der gesetzlichen Beschränkungen sind außerdem folgende Hinweise zu beachten bzw. werden folgende Maßnahmen empfohlen:
 - 3.1 Um zu gewährleisten, daß die Bestimmungen des GjS beachtet und eingehalten werden, sollen die öffentlichen Träger des Jugendschutzes die Gewerbetreibenden, insbesondere Buchhändler, Verkaufsstellenleiter und Inhaber von Leihbüchereien über die Vorschriften des Gesetzes – evtl. durch ein entsprechendes Merkblatt – unterrichten. Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß die Entscheidungen der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften im Bundesanzeiger veröffentlicht werden und daß aus eigenem Interesse der laufende Bezug der Liste für jugendgefährdende Schriften geboten ist. Auf die freiwillige Mitarbeit der Angesprochenen ist besonders hinzuwirken.
 - 3.2 Sofern ein konkreter Verdacht begründet ist, daß in gewerblichen Bereichen i. S. von § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 GjS Schriften entgegen dieser Vorschrift vorrätig gehalten werden, haben die nach § 105 StPO zuständigen Behörden die Durchsuchung nach den §§ 102, 103 StPO vorzunehmen.
 - 3.3 Bei Feststellung von Verstößen gegen das GjS (§§ 3 bis 6) soll durch eine Ordnungsverfügung dafür gesorgt werden, daß der ordnungswidrige Zustand beseitigt wird.

- 3.4 Es können auch geeignete Bedienstete der Jugendämter zu Dienstkräften der Ordnungsbehörden bestimmt werden. Sie erhalten einen behördlichen Ausweis nach § 13 Abs. 1 Satz 2 OBG.

Der RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 2. 10. 1964 (SMBI. NW. 2161) wird aufgehoben.

– MBl. NW. 1975 S. 1903.

8054

Durchführung der Arbeitsschutz-Verordnung auf Winterbaustellen – Anforderungen an Winterschutzkleidung –

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 6. 10. 1975 – III A: 3 – 8218.1 – (III Nr. 28/75)

Der RdErl. v. 2. 11. 1972 (SMBI. NW. 8054) wird aufgehoben.

– MBl. NW. 1975 S. 1905.

8300

Bundesversorgungsgesetz (BVG) Kinderzuschlag nach § 33b BVG und Übergangszuschlag nach Artikel 43 EG – EStRG

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 7. 10. 1975 – II B 2 – 4206 (26/75)

In Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung nehme ich zu Zweifelsfragen im Zusammenhang mit dem Übergangszuschlag nach Artikel 43 des Einführungsgesetzes zum Einkommensteuerreformgesetz (EG – EStRG) vom 21. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3656) wie folgt Stellung:

1. Nach Artikel 43 Satz 1 EG – EStRG kommt es für die Feststellung des Übergangszuschlages auf die für die Kinder des Versorgungsberechtigten insgesamt gewährten bzw. zu gewährenden Leistungen an. Da der Übergangszuschlag lediglich der Besitzstandswahrung dient – also den Leistungsstand erfassen will, der bei der Rechtsänderung gegeben war –, ist es nicht zulässig, ein nach dem 31. Dezember 1974 erstmals zu berücksichtigendes Kind in die Vergleichsberechnung einzuberechnen. Dementsprechend fällt der für das Kind des Versorgungsberechtigten gewährte Übergangszuschlag auch dann nicht weg, wenn der Beschädigte nach dem genannten Zeitpunkt erstmals für ein weiteres Kind ein Kindergeld (für beide Kinder also „insgesamt“ 120,- DM) erhält.
2. Hat ein Beschädigter bis zum Inkrafttreten der Rechtsänderung für zwei Kinder Kinderzuschläge nach § 33b BVG erhalten (2 × 60 DM), so steht ein Übergangszuschlag im Hinblick auf den entstandenen Anspruch auf Kindergeld (50 DM + 70 DM) nicht zu. Mindert sich der Anspruch auf das insgesamt zustehende Kindergeld infolge des Ausscheidens eines Kindes aus der Kindergeldberechtigung, so erwirbt der Beschädigte gleichwohl keinen Anspruch auf einen Übergangszuschlag nach Art. 43 EG – EStRG. Die Zahlung eines Übergangszuschlages wäre in diesem Fall mit dem Sinn und Zweck der genannten Vorschrift, der in dieser Hinsicht auch durch den letzten Satz verdeutlicht wird, nicht vereinbar.
3. In bezug auf Empfänger einer Pflegezulage, für die die Sonderregelung gilt, daß sie einen Kinderzuschlag nach § 33b BVG ohne jegliche Anrechnung erhalten (mtl. 60,- DM je Kind), und auch nach der Rechtsänderung weiterhin erhalten (mtl. 50,- DM je Kind), sind im wesentlichen drei Fallgruppen zu unterscheiden:

Der Pflegezulagenempfänger bezog

- a) Kinderzuschlag nach § 33b BVG als einzige Leistung,
- b) Kinderzuschlag nach den besoldungsrechtlichen oder tarifrechtlichen Vorschriften für den öffentlichen Dienst und daneben Kinderzuschlag nach § 33b BVG,

- c) Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder Kinderzuschuß aus den gesetzlichen Rentenversicherungen und daneben Kinderzuschlag nach § 33b BVG.

Zu a)

Ein Übergangszuschlag kommt nicht in Betracht, weil die Gesamtleistung durch den neuworbenen Anspruch auf Kindergeld nach Inkrafttreten der Rechtsänderung stets höher ist als vorher.

Zu b)

Ein Übergangszuschlag kommt für ein „einziges“ Kind in Betracht, weil nur in diesem Fall eine Minusdifferenz möglich ist. Bereits bei zwei Kindern ergibt sich durch die Neuregelung ein völliger Ausgleich:

Früheres Recht

besoldungsrechtl. Kinderzuschläge (2 × 50 DM)	100 DM
Kinderzuschlag nach § 33b BVG (2 × 60 DM)	120 DM
	220 DM

Geltendes Recht

Kindergeld (50 DM + 70 DM)	120 DM
Kinderzuschlag n. § 33b BVG (2 × 50 DM)	100 DM
	220 DM

Zu c)

Ein Übergangszuschlag kommt für jedes Kind des Berechtigten in Betracht; er beläuft sich auf monatlich 10 DM. Dies ergibt sich daraus, daß die genannten Kinderzulagen und Kinderzuschüsse durch die Reform des Familienlastenausgleichs nicht berührt worden sind. Hinsichtlich des Übergangszuschlages ändert sich auch nichts, wenn die erwähnten Leistungen auf Grund eines Rentenangepasungsgesetzes erhöht werden, weil sich solche Erhöhungen auch bei „Fortgelten des bis zum Inkrafttreten des EG – EStRG geltenden Rechts“ nicht auf den Kinderzuschlag nach § 33b BVG ausgewirkt hätten.

4. Konnte im Dezember 1974 ein Kinderzuschlag gemäß § 33b BVG nach dem bis dahin geltenden Recht nur deswegen nicht gewährt werden, weil der Beschädigte in diesem Monat eine zu berücksichtigende Sonderleistung (z. B. Weihnachtsgratifikation) erhalten hat, ihm jedoch bei Fortgelten des bisherigen Rechts ab Januar 1975 wieder ein entsprechender Kinderzuschlag zugestanden hätte, ist es mit Sinn und Zweck des Art. 43 EG – EStRG nicht vereinbar, den Übergangszuschlag nach dieser Vorschrift wegen einer Sonderleistung i. S. des § 60a Abs. 4 BVG oder eines anderen, ausnahmsweise im Monat Dezember 1974 erzielten Einkommens zu versagen. Das gleiche gilt, sofern diese Einkünfte nach Inkrafttreten des EG – EStRG erzielt werden. In diesen Fällen ist der Übergangszuschlag nur für den Monat nicht zu zahlen, für den auch nach früherem Recht ein Kinderzuschlag nicht zugestanden hätte.

Meinen RdErl. vom 11. 3. 1975 (SMBI. NW. 8300) hebe ich auf.

– MBl. NW. 1975 S. 1905.

II.

Ministerpräsident

Honorarkonsulat von Haiti, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 8. 10. 1975 –
IB 5 – 418 – 1/75

Die Bundesregierung hat dem zum Honorarkonsul von Haiti in Düsseldorf ernannten Herrn Dr. Karl-Friedrich Klees am 25. September 1975 das Exequatur erteilt. Der Amtsbezirk des Honorarkonsulats umfaßt das Land Nordrhein-Westfalen.

Anschrift: 4 Düsseldorf 1, Worringer Straße 12–14;
Telefonnummer: 35 20 14; Fernschreibnummer: 08 587 894;
Sprechzeit: Mo–Fr 9.00–12.00 Uhr.

– MBl. NW. 1975 S. 1905.

**Ungültigkeit eines Ausweises
für Mitglieder des Konsularkorps**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 8. 10. 1975 –
IB 5 – 454 – 5/75

Der am 3. Januar 1975 vom Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen ausgestellte Ausweis für Mitglieder des Konsularkorps Nr. 2843 für Herrn John W. Bligh, Jr., Konsul im Amerikanischen Generalkonsulat Düsseldorf, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte er gefunden werden, wird gebeten, ihn der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zuzuleiten.

– MBl. NW. 1975 S. 1906.

Dr. Norbert Fischer

Vorstandsmitglied der Westdeutschen Landesbank Girozentrale

Nordrhein-Westfälische Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft mbH

Dr. Bernhardt

Harms

– MBl. NW. 1975 S. 1906.

**Königlich Marokkanisches
Generalkonsulat, Düsseldorf**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 15. 10. 1975 –
IB 5 – 433 c – 1/75

Die Bundesregierung hat dem zum Königlich Marokkanischen Generalkonsul in Düsseldorf ernannten Herrn Ahmet Bakhat am 6. Oktober 1975 das Exequatur erteilt. Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt das Land Nordrhein-Westfalen.

– MBl. NW. 1975 S. 1906.

**Konsulat der Sozialistischen
Föderativen Republik Jugoslawien, Dortmund**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 16. 10. 1975 –
IB 5 – 429 – 4/75

Die Bundesregierung hat dem zum Jugoslawischen Konsul in Dortmund ernannten Herrn Ivo Goić am 13. Oktober 1975 die vorläufige Zulassung erteilt. Der Amtsbezirk des Konsulats umfaßt die Regierungsbezirke Arnsberg und Detmold.

Das dem bisherigen Konsul, Herrn Vlado Mihelic, am 25. November 1971 erteilte Exequatur ist erloschen.

– MBl. NW. 1975 S. 1906.

Finanzminister

**Zusammensetzung des Aufsichtsrats
der Nordrhein-Westfälischen Hochschulbau- und
Finanzierungsgesellschaft mbH, Düsseldorf**

Bek. d. Finanzministers v. 14. 10. 1975 –
VV 4420-272-1-III A 1

Hierdurch teile ich mit:

Die Geschäftsführer der Nordrhein-Westfälischen Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, geben gem. § 52 des GmbH-Gesetzes bekannt:

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich seit dem 24. Juli 1975 aus folgenden Herren zusammen:

Prof. Dr. Friedrich Halstenberg Vorsitzender	Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Johannes Rau Stellvertretender Vorsitzender	Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. h. c. Fridolin Hallauer	Ministerialdirigent im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Eberhard Freiherr von Medem	Ministerialdirigent im Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Personalveränderungen

Innenminister

Ministerium

Es sind ernannt worden:

Regierungsdirektor Dr. G. Spitzl
zum Ministerialrat

Oberregierungsrätin J. Voll-Hartung
zur Regierungsdirektorin

Polizeioberrat H. Stork
zum Schutzpolizeidirektor

Es ist in den Ruhestand getreten:

Ministerialrat H. Dirkhoff

Nachgeordnete Behörden

Es sind ernannt worden:

Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen

Oberregierungsrat K. Wessel
zum Regierungsdirektor

Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen

Regierungsvermessungsdirektor A. Bischof
zum Leitenden Regierungsvermessungsdirektor

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Regierungschemierat z. A. Dipl.-Chemiker
Dr. rer. nat. R. Lüpschen
zum Regierungschemierat

Regierungspräsidenten – Arnsberg –

Regierungsrat Dr. R. Kirchhof
zum Oberregierungsrat

Regierungsrat z. A. L. Krapp
zum Regierungsrat

Regierungspräsident – Detmold –

Regierungsrat z. A. G. Rather
zum Regierungsrat

Regierungspräsident – Düsseldorf –

Regierungsdirektor Dr. W. Orlob
zum Leitenden Regierungsdirektor

Regierungsrat N. Salmon
zum Oberregierungsrat

Regierungsrat z. A. W.-O. Blumenhagen
zum Regierungsrat

Regierungspräsident – Köln –

Regierungsrätin z. A. E. Nellessen
zur Regierungsrätin

Regierungsrat z. A. Dr. R. Thamm
zum Regierungsrat

Regierungspräsident – Münster –

Regierungsräte

J. Diedrich,
H. Pollert,
W. Trompetter,
F. Wagner

zu Oberregierungsräten

Landesbaubehörde RuhrRegierungsrat Dr. J. Braun
zum Oberregierungsrat**Polizeipräsident – Wuppertal –**Regierungsdirektor E.-W. Lohe
zum Leitenden Regierungsdirektor

Es sind versetzt worden:

Regierungspräsident – Detmold –Regierungsrat W.-D. Ernst
zum Regierungspräsidenten Hannover**Regierungspräsident – Düsseldorf –**Regierungsdirektor E.-W. Lohe
zum Polizeipräsidenten Wuppertal
Oberregierungsrat N. Salmon
zum Innenminister**Regierungspräsident – Köln –**Oberregierungsrat Dr. F. Freiherr von Lilien-Waldau
zum Minister für Ernährung, Landwirtschaft und ForstenRegierungsrat E. Becker
zum Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen**Polizeipräsident – Dortmund –**Kriminalrat W. Kröll
zum Innenminister

Es sind in den Ruhestand getreten:

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Regierungsdirektorin G. Troost

Regierungspräsident – Köln –

Oberregierungsrat P. Dohnke

Regierungspräsident – Münster –

Oberregierungsrat K. Küting

Es ist verstorben:

Regierungspräsident – Düsseldorf –

Leitender Regierungsbaudirektor K.-E. Langweg

– MBl. NW. 1975 S. 1906.

Gemäß § 7 a (4) Satz 5 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953 (GS. NW. S. 217) – SCV. NW. 2022 – in der zur Zeit geltenden Fassung, mache ich diese Feststellung öffentlich bekannt.

Köln, den 8. Oktober 1975

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland
Dr. h. c. Klaus

– MBl. NW. 1975 S. 1907.

Landschaftsverband Rheinland**Bekanntmachung
des Landschaftsverbandes Rheinland**Betreff: Mitgliedschaft in der 6. Landschaftsversammlung
Rheinland

Für das verstorbene Mitglied Helmut Kenn, Duisburg, wurde als Nachfolger

Hans-Otto Bäumer, 4 Düsseldorf, Reuterkaseme 30
bestimmt.**Innenminister****Fortbildungslehrgänge des Landesverbandes NW
des Deutschen Volksheimstättenwerks**Bek. d. Innenministers v. 17. 10. 1975 –
V C 2 – 23.31

Der Landesverband NW des Deutschen Volksheimstättenwerks führt in der Zeit von November 1975 bis Februar 1976 nachstehend genannte Fortbildungslehrgänge durch.

325. Lehrgang: Seminar: Planungsfragen im Städtebau**4.–6. November 1975 in Königswinter, Adam-Stegerwald-Haus**1. Ltd. Ministerialrat Dr. Hessing
Düsseldorf, Staatskanzlei

Die Landesplanung und ihr Verhältnis zur Fachplanung des Bundes und der Länder und zur Bauleitplanung nach der Novelle zum Landesplanungsgesetz

2. Richter am OVG Lüneburg Zeller
Lüneburg, Oberverwaltungsgericht

Die Beachtung der gemeindlichen Planungshoheit im Verfahren nach den Fachplanungsgesetzen von Bund und Land

3. Regierungsdirektor Hennies
Düsseldorf, Innenministerium

Die Nutzungsänderung bei landwirtschaftlichen Betriebsgrundstücken im Innen- und Außenbereich

4. Städt. Rechtsdirektor Neuhausen
Neuss, Stadtverwaltung

Das materielle Recht der Bauleitplanung im Spiegel der Rechtsprechung

5. Assessor Brügelmann
Düsseldorf

Kurzvortrag: Denkmalschutz, Städtebau und Recht

6. Landeskonservator Dr. Borchers
Bonn

Kurzvortrag: Städtebauliche Planung und Denkmalschutz

**326. Lehrg. – System der Erhebung städtebaulicher
Gebühren und Beiträge nach dem KAG NW****2. Dez. 1975 in Duisburg-Wedau, Sportschule des Westdeutschen Fußballverbandes e.V.**1. Ltd. Ministerialrat Dr. Zimmermann
Düsseldorf, Innenministerium

System der Beitragserhebung für straßenbauliche Maßnahmen nach § 8 KAG

2. Städt. Rechtsdirektor Dr. Vogel
Bielefeld, Stadtverwaltung

System der Anschlußbeiträge und Benutzungsgebühren für Entwässerungsanlagen nach KAG NW

Lehrg. 326a – Erschließungsrecht des Bundesbaugesetzes in systematischer Darstellung**3. und 4. Dez. 1975 in Duisburg-Wedau, Sportschule des Westdeutschen Fußballverbandes**

1. Städt. Rechtsdirektor Neuhausen
Neuss, Stadtverwaltung
Erschließungsbeiträge nach dem Bundesbaugesetz – Teil I
2. Richter am VG Haenicke
Minden, Verwaltungsgericht
Erschließungsbeiträge nach dem Bundesbaugesetz – Teil II
3. Städt. Oberverwaltungsrat Wißkirchen
Köln, Stadtverwaltung
Erschließungsbeiträge nach dem Bundesbaugesetz – Teil III

327. Lehrg. – Immissionsschutz – Bauleitplanung – Baugenehmigung**27. Januar 1976 in Bielefeld, Haus des Handwerks**

1. Ministerialdirigent Dr.-Ing. Dreyhaupt
Düsseldorf, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Hauptprobleme der Zulässigkeit von Bauvorhaben nach der Immissionsschutzgesetzgebung
2. Ministerialrat Fieseler
Düsseldorf, Innenministerium
Die Berücksichtigung des Immissionsschutzes bei der Bauleitplanung

Lehrg. 327a – Das Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen**28. und 29. Januar 1976 in Bielefeld, Haus des Handwerks**

1. Regierungsdirektor Schmidt
Düsseldorf, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Inhalt und Methodik des Landschaftsplanes und seine Einfügung in die Landes-, Fach- und Bauleitplanung
2. Regierungsdirektor Bauer
Düsseldorf, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Trägerschaft, Verfahren und Wirken der Landschaftsplana-

3. Ltd. Ministerialrat Dr. Pielow
Düsseldorf, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Verursacherhaftung, Betretungsrechte und Bauverbote, Landschafts- und Naturschutzverordnungen und Übergangsvorschriften

328. Lehrg. – Seminar: Rechtliche und praktische Fragen der Wohngeldbewilligung**10. Februar 1976 in Duisburg-Wedau, Sportschule des Westdeutschen Fußballverbandes**

1. Ministerialrat Schwerz
Bonn, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
Neues aus Gesetzgebung und Rechtsprechung zum Wohngeldgesetz
2. Regierungsdirektor Heix
Düsseldorf, Innenministerium
Verwaltungsvorschriften zum Wohngeldgesetz und ihre Anwendung

Lehrg. 328a – Wohnungswirtschaft und Wohnungsfinanzierung in Nordrhein-Westfalen 1975**11. und 12. Febr. 1976 in Duisburg-Wedau, Sportschule des Westdeutschen Fußballverbandes**

1. Ministerialrat Neugebauer
Düsseldorf, Innenministerium
Finanzierungs- und Absatzfragen des sozialen Wohnungsbaus 1976
2. Regierungsdirektor Heix
Düsseldorf, Innenministerium
Rechts- und Finanzierungsfragen der Modernisierung 1976
3. Ministerialrat Dr. Bellinger
Düsseldorf, Innenministerium
Aktuelle Fragen der Anwendung des Wohnungsbindungsgesetzes

Anmeldungen sind an den Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Volksheimstättenwerks, 5 Köln 1, Burgmauer 51, Tel. 213651 zu richten.
Die Teilnahme an den Fortbildungslehrgängen des VHW wird von mir empfohlen.

– MBI. NW. 1975 S. 1907.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Aufstellung

über die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
seit dem 1. 9. 1975 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 30. 9. 1975

Mitt. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 13. 10. 1975 – LS – 7222

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
Gewerbegruppe II (Forstwirtschaft)			
38811	Vereinbarung über eine Lohntafel gemäß § 15 Abs. 4 TV-F/NRW II für Arbeiter in Gemeindeforstbetrieben in Nordrhein-Westfalen vom 17. 3. 1975 . . .	1. 1. 1975	4055/84
38812	Vereinbarung über die Berechnung des Urlaubslohnes vom 17. 3. 1975 gemäß § 38 Abs. 7 Satz 5 des Tarifvertrages für Arbeiter in Gemeindeforstbetrieben in Nordrhein-Westfalen vom 6. 7. 1972	1. 1. 1975	4055/85
38813	Fünfter Änderungstarifvertrag vom 17. 3. 1975 zum Tarifvertrag für Arbeiter in Gemeindeforstbetrieben in Nordrhein-Westfalen (TV-F/NRW II) in der Fassung vom 6. 7. 1972	1. 1. 1975	4055/86
38814	Tarifvertrag über eine einmalige Zahlung an Arbeiter in Gemeindeforstbetrieben in Nordrhein-Westfalen vom 17. 3. 1975	April 1975	4055/87
Gewerbegruppe IV (Steine und Erden)			
38815	Manteltarifvertrag für Arbeiter und gewerblich Auszubildende der feinkeramischen Industrie im Bundesgebiet, ausgenommen die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, im Bereich des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz die Städte Mainz und Worms und die Landkreise Mainz-Bingen und Worms-Alzey sowie Meerbusch-Osterath (Ndrh.) in der Neufassung vom 29. 11. 1974	1. 1. 1975	4844/40
38816	Überleitungstarifvertrag für die Wand- und Bodenfliesenindustrie vom 23. 9. 1975 zu vorstehendem Manteltarifvertrag und weiteren Tarifverträgen . . .	1. 1. 1975	4844/41
38817	Manteltarifvertrag für Angestellte, Meister und Auszubildende der feinkeramischen Industrie im Bundesgebiet außer Bayern und Rheinland-Pfalz, jedoch einschließlich der Gemeinde Trennfurt (Main) in der Neufassung vom 29. 11. 1974 (abgeschlossen mit der DAG)	1. 1. 1975	4945/29
38818	Manteltarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik.	1. 1. 1975	4945/30
Gewerbegruppe XI (Chemische Industrie)			
38819	Tarifvertrag über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen für alle Arbeitnehmer und Auszubildenden der Firma Dohmeier & Strothotte KG, Lienen, vom 23. 5. 1975	1. 5. 1975	4979/8
38820	Tarifvertrag für alle Arbeitnehmer der Firma Dohmeier & Strothotte KG, Lienen – Übernahme des Rahmentarifvertrages (Jahresleistung, vermögenswirksame Leistungen u. ä.) für die chemische Industrie – vom 23. 5. 1975	1. 5. 1975	4979/9
38821	Tarifvertrag für alle Arbeitnehmer der Firma Dohmeier & Strothotte KG, Lienen – Übernahme der Ergänzung zu § 13 des Manteltarifvertrages für die chemische Industrie – vom 23. 5. 1975	1. 5. 1975	4979/10
38822	Tarifvertrag für alle Arbeitnehmer der Firmen Plate GmbH, Plate Lack GmbH und Kofasil GmbH, sämtlich in Bonn – Geltung der Tarifverträge für die chemische Industrie mit Besonderheiten – vom 3. 6. 1975.	1. 6. 1975	5060/109
38823	Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen für alle Arbeitnehmer und Auszubildende der chemischen Industrie im westfälischen Teil des Ruhr-Lippe-Gebietes vom 28. 5. 1975 (abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik)	1. 1. 1975	5060/110
Gewerbegruppe XII (Textilindustrie)			
38824	Tarifvertrag über Rahmenbestimmungen für in Heimarbeit Beschäftigte in der Bandweberei in Nordrhein-Westfalen, mit 44 Entgeltlisten, vom 19. 3. 1975. . .	1. 5. 1975	5234
38825	Tarifvertrag über den Teuerungszuschlag zu vorstehendem Tarifvertrag . . .	1. 5. 1975	5234/1
Gewerbegruppe XIII (Papierindustrie)			
38826	Manteltarifvertrag für Angestellte, Meister und Auszubildende der Firma WEPA Papierfabrik P. Krenge KG, Werk Marsberg-Giershagen – Übernahme des Manteltarifvertrages für die Papierindustrie – vom 6. 11. 1974	1. 9. 1974	4560/60

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
38827	Gehaltstarifvertrag und Gehaltsrelationsvertrag für Angestellte, Meister und Auszubildende der Firma WEPA Papierfabrik P. Krengel KG, Marsberg-Giershagen, vom 6. 11. 1974	1. 9. 1974	4560/61
Gewerbegruppe XIV (Graphisches Gewerbe)			
38828	Tarifvertrag Nr. 81 vom 22. 4. 1975 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages für Arbeiter und Auszubildende der Bundesdruckerei in Berlin, Bonn, Frankfurt und Neu-Isenburg vom 22. 6. 1961	1. 1. 1975/ 1. 7. 1975	3837/12
Gewerbegruppe XIX (Nahrungs- und Genußmittelindustrie)			
38829	Lohntarifvertrag für Arbeiter in Cigarettenfabrikation und dem Fertigwaren-Zentrallager der Firma Brinkmann im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 23. 6. 1975	1. 8. 1975	4738/16
38830	Gehaltstarifvertrag für Angestellte und Auszubildende in der Cigarettenfabrikation und im Vertrieb der Firma Austria Tabakwerke GmbH im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 26. 8. 1975	1. 9. 1975	4739/15
38831	Änderungsvereinbarung vom 28. 8. 1975 zum Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer der Fleischwarenindustrie in Nordrhein-Westfalen vom 11. 3. 1974	1. 9. 1975	5135/8
38832	Änderungstarifvertrag vom 11. 7. 1975 zum Einheitlichen Entgelttarifvertrag für alle Arbeitnehmer der Brauereien in Nordrhein-Westfalen vom 28. 9. 1974	1. 9. 1974	5140/11
38833	Gehaltstarifvertrag für Angestellte der Werke und des Außendienstes der Firma Meistermarken-Werke GmbH im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 26. 3. 1975	1. 4. 1975	5161/2
38834	Tarifvertrag über vermögenswirksam anzulegende Beträge für alle Arbeitnehmer der Molkereien und Käserien in Nordrhein-Westfalen vom 12. 3. 1975 (abgeschlossen mit der Fachvereinigung der in Molkereien und Käserien tätigen Personen e.V.)	1. 4. 1975	5220/7
Gewerbegruppe XX (Bekleidungsindustrie)			
38835	Tarifvertrag über Jahressonderzahlungen für Angestellte und Auszubildende der Bekleidungsindustrie im Bundesgebiet mit Ausnahme der Länder Bremen, Niedersachsen und Saarland vom 29. 5. 1975 (abgeschlossen mit der DAG)	1. 5. 1975	529/186
38836	Gehaltstarifvertrag mit Gehaltstafel für Angestellte der Bekleidungsindustrie im Regierungsbezirk Köln vom 10. 6. 1975.	1. 5. 1975	529/187
38837	Anschlußtarifvertrag mit dem DHV und VDT vom 27. 7. 1975 zum Gehaltstarifvertrag für Angestellte und zum Tarifvertrag über die Vergütungen für Auszubildende der Bekleidungsindustrie im Landesteil Nordrhein außer dem Regierungsbezirk Köln vom 4. bzw. 10. 6. 1975.	1. 5. 1975	529/188
38838	Anschlußtarifvertrag mit dem DHV und VDT vom 1. 8. 1975 zum Gehaltstarifvertrag für Angestellte der Bekleidungsindustrie im Reg.-Bez. Köln vom 10. 6. 1975	1. 5. 1975	529/189
38839	Tarifvertrag über die Gewährung einer jährlichen Sonderzahlung an alle Arbeitnehmer und Auszubildenden der Bekleidungsindustrie im Bundesgebiet mit Ausnahme von Bremen, Niedersachsen und Saarland vom 29. 5. 1975	1. 5. 1975	3170/173
38840	Vereinbarung über Ausbildungsbeihilfen für kaufmännische Auszubildende der Schuhindustrie in Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vom 3. 2. 1975 (abgeschlossen mit der DAG)	1. 11. 1974	4400/60
38841	Vereinbarung wie vor, abgeschlossen mit dem DHV.	1. 11. 1974	4400/61
38842	Anschlußtarifvertrag mit dem DHV, VDT und VwA vom 12. 8. 1975 zum Gehaltstarifvertrag für Angestellte und Auszubildende der Bekleidungsindustrie im Landesteil Westfalen vom 3. 6. 1975	1. 5. 1975	4918/15
Gewerbegruppe XXI (Baugewerbe)			
38843	Änderungstarifvertrag vom 23. 5. 1975 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen für bei öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren beschäftigte Angestellte, Arbeiter und Auszubildende im Bundesgebiet und in West-Berlin in der Fassung vom 14. 6. 1973/26. 6. 1974	1. 7. 1975	4191/9

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
Gewerbegruppe XXII (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke)			
38844	Erster Tarifvertrag vom 1. 10. 1974 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für Angestellte der Stolberger Wasserwerks-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Stolberg, vom 13. 7. 1970	1. 10. 1974	4893/2
38845	Tarifvertrag über eine Zuwendung an Angestellte und Auszubildende der Stolberger Wasserwerks-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Stolberg, vom 1. 10. 1974	1. 1. 1974	4893/3
38846	Elfter Tarifvertrag vom 27. 1. 1975 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages für Arbeitnehmer der Dortmunder Stadtwerke Aktiengesellschaft, Dortmund, vom 1. 4. 1968/12. 11. 1968 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4761/39
38847	Erster Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über Urlaubsvergütung und Verkehrsmeisterzulage für Angestellte der Dortmunder Stadtwerke Aktiengesellschaft, Dortmund, vom 28. 2. 1974 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4761/40
38848	Anschlußtarifvertrag mit der DAG vom 18. 3. 1975 zum Ersten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über Urlaubsvergütung und Verkehrsmeisterzulage für Angestellte der Dortmunder Stadtwerke Aktiengesellschaft Dortmund, vom 28. 2. 1974 und zum Elften Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages für Arbeitnehmer der Dortmunder Stadtwerke Aktiengesellschaft, Dortmund, vom 27. 1. 1975	1. 1. 1975	4761/41
38849	Dreizehnter Tarifvertrag vom 23. 7./28. 8. 1975 zur Änderung und Ergänzung des Überleitungstarifvertrages aus Anlaß der Veräußerung der Kreiswerke Bergheim an das RWE vom 26. 6./10. 7. 1972	1. 2. 1975	5014/14
38850	Änderungstarifvertrag vom 21. 7. 1975 zu § 12 des Manteltarifvertrages für alle Arbeitnehmer in den Kraftwerken Rheinpreußen und Bismarck (Bereich Kraftwirtschaft) der Deutschen Texaco Aktiengesellschaft vom 16. 2. 1973	1. 1. 1975	5068/9
38851	Vergütungstarifvertrag für alle Arbeitnehmer der Kraftwerke Rheinpreußen und Bismarck (Bereich Kraftwirtschaft) der Deutschen Texaco Aktiengesellschaft vom 21. 7. 1975	1. 7. 1975	5068/10
Gewerbegruppe XXIII (Reinigungsgewerbe)			
38852	Lohntarifvertrag für Arbeitnehmer des Friseurhandwerks in Nordrhein-Westfalen vom 14. 7. 1975	1. 7. 1975	4777/7
Gewerbegruppe XXIV (Groß- und Außenhandel)			
38853	Gehaltstarifvertrag für Angestellte und Auszubildende der Firmen Dom-Samen-Fehlemann KG und Schraveler Mühle GmbH, beide Kevelaer, vom 27. 6. 1975	1. 6. 1975	4722/14
38854	Lohntarifvertrag für Arbeiter wie vor	1. 1. 1975	4722/15
38855	Urlaubsgeldabkommen für alle Arbeitnehmer wie vor	1. 1. 1975	4722/16
38856	Lohntarifvertrag für Arbeiter der Zweigniederlassungen, Hauptlager und Abpackbetriebe der co-op Handels- und Produktions-AG im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 24. 7. 1975	1. 8. 1975	5131/6
Gewerbegruppe XXVI (Handelshilfsgewerbe)			
38857	Gehaltstarifvertrag für Angestellte in privaten Reisebürobetrieben im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 7. 8. 1975 (abgeschlossen mit der DAG, der Gew. HBV und der Gew. ÖTV)	1. 6. 1975	1887/98
38858	Tarifvertrag über die Vergütungen für Auszubildende wie vor	1. 6. 1975	1887/99
38859	Tarifvertrag vom 21. 1. 1975 über die Aufhebung der Vereinbarung für die Betreuer des Turnuszugverkehrs des privaten Reisebürogewerbes vom 29. 11. 1973 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 12. 1974	1887/100
Gewerbegruppe XXVII (Bank-, Börsen- und Versicherungswesen)			
38860	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. 11. 1974 zum Tarifvertrag über die Gewährung einer Zuwendung an Angestellte der Deutschen Bundesbank vom 12. 10. 1973	1. 1. 1975	3820/115

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
38861	Tarifvertrag für Angestellte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Bundesgebiet – Anwendung des § 21 des Versorgungs-Tarifvertrages – vom 25. 6. 1975	1. 7. 1973	3876/7
38862	Neunundzwanzigster Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages für Angestellte der Bundesknappschaft im Bundesgebiet (KnAT) vom 12. 6. 1961	1. 1. 1975	3885/118
38863	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. 11. 1974 zum Tarifvertrag über eine jährliche Zuwendung für Angestellte der Bundesknappschaft im Bundesgebiet (KnAT) vom 12. 10. 1973	1. 1. 1975	3885/119
38864	Tarifvertrag Nr. 317 über eine einmalige Zahlung an Angestellte, Auszubildende, Praktikanten und Medizinalassistenten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 18. 4. 1975 (abgeschlossen mit der DAG und der Gew. ÖTV).	April 1975	3892/491
38865	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten	April 1975	3892/492
38866	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund und dem DHV	April 1975	3892/493
38867	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem Marburger Bund	April 1975	3892/494
38868	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem VwA	April 1975	3892/495
38869	29. Änderungs- und Ergänzungstarifvertrag (Tarifvertrag Nr. 320) vom 2. 5. 1975 zum Manteltarifvertrag für Angestellte der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 24. 10. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3892/496
38870	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten	1. 1. 1975	3892/497
38871	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund und dem DHV	1. 1. 1975	3892/498
38872	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem Marburger Bund	1. 1. 1975	3892/499
38873	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem VwA	1. 1. 1975	3892/500
38874	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 18. 3. 1975 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung an Praktikanten der Landesversicherungsanstalt Westfalen vom 30. 10. 1973	1. 1. 1975	3894/23
38875	Fünfunddreißigster Tarifvertrag vom 1. 1. 1975 zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages für die Ortskrankenkassen im Bundesgebiet (BAT/OKK) vom 25. 8. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3906/169
38876	Sechsunddreißigster Tarifvertrag vom 7. 1. 1975 wie vor	1. 1. 1975	3906/170
38877	Siebenunddreißigster Tarifvertrag vom 17. 3. 1975 wie vor.	1. 1. 1975	3906/171
38878	Vergütungstarifvertrag Nr. 13 für Angestellte der Ortskrankenkassen im Bundesgebiet vom 17. 3. 1975 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3906/172
38879	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. 1. 1975 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung an Angestellte der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet vom 12. 11. 1973 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3906/173
38880	Tarifvertrag über eine einmalige Zahlung für alle Arbeitnehmer und Auszubildenden der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet vom 17. 3. 1975 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	April 1975	3906/174
38881	Achter Änderungstarifvertrag vom 20. 1. 1975 zum Tarifvertrag über die Versorgung für Arbeitnehmer bei den Ortskrankenkassen und ihren Verbänden im Bundesgebiet (Versorgungs-TV/OKK) vom 1. 2. 1967 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3906/175
38882	Zusatztarifvertrag vom 16. 6. 1975 zum Tarifvertrag über die Versorgung für Arbeitnehmer bei den Ortskrankenkassen und ihren Verbänden im Bundesgebiet (Versorgungs-TV/OKK) vom 1. 2. 1967 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 7. 1973	3906/176

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
38883	Tarifvertrag vom 1. 1. 1975 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a (Vergütungsordnung) zum Bundes-Angestelltentarifvertrag für die Innungskrankenkassen im Bundesgebiet (BAT/IKK) in der Fassung vom 16. 8. 1971 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3908/93
38884	Tarifvertrag vom 2. 1. 1975 zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages für die Innungskrankenkassen im Bundesgebiet (BAT/IKK) vom 1. 11. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	3908/94
38885	Änderungstarifvertrag vom 2. 1. 1975 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung an Angestellte der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet vom 31. 8. 1974 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3908/95
38886	Vergütungstarifvertrag für Angestellte der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet vom 18. 3. 1975 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3908/96
38887	Tarifvertrag über eine einmalige Zahlung für Angestellte und Auszubildende der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet vom 18. 3. 1975 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	April 1975	3908/97
38888	Änderungstarifvertrag vom 2. 1. 1975 zum Tarifvertrag über die Versorgung für Arbeitnehmer der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet (Versorgungs-TV/IKK) vom 30. 12. 1966 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3908/98
38889	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 18. 3. 1975 zum Tarifvertrag über eine jährliche Zuwendung an Angestellte der Landesversicherungsanstalt Westfalen vom 30. 10. 1973.	1. 1. 1975	3965/114
38890	Tarifvertrag für Auszubildende der Landesversicherungsanstalten im Bundesgebiet außer Württemberg – Übernahme des Manteltarifvertrages für Auszubildende von Bund, Ländern und Gemeinden – vom 1. 3. 1975	1. 1. 1975	3983/30
38891	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 18. 3. 1975 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung an Auszubildende der Landesversicherungsanstalt Westfalen vom 30. 10. 1973	1. 1. 1975	3983/31
38892	Änderungstarifvertrag vom 2. 1. 1975 zum Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen für Auszubildende der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet vom 28. 12. 1970 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	4041/27
38893	Änderungstarifvertrag vom 2. 1. 1975 zum Tarifvertrag über eine jährliche Zuwendung für Auszubildende der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet vom 31. 8. 1974 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	4041/28
38894	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 16. 1. 1975 zum Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende der Ortskrankenkassen im Bundesgebiet vom 28. 12. 1970 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4050/42
38895	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 16. 1. 1975 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Auszubildende der Ortskrankenkassen im Bundesgebiet vom 12. 11. 1973 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4050/43
38896	Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe in Einrichtungen der Bundesknappschaft im Bundesgebiet vom 30. 6. 1972 . . .	1. 1. 1975	4051/43
38897	Tarifvertrag für Lernschwestern und Lernpfleger wie vor	1. 1. 1975	4051/44
38898	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 6. 12. 1974 zum Tarifvertrag über eine jährliche Zuwendung an Auszubildende der Bundesknappschaft im Bundesgebiet vom 12. 10. 1973	1. 1. 1975	4051/45
38899	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. 11. 1974 zum Tarifvertrag über eine jährliche Zuwendung an Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe in Einrichtungen der Bundesknappschaft vom 30. 6. 1972	1. 1. 1975	4051/46
38900	Änderungstarifvertrag für Lernschwestern und Lernpfleger wie vor	1. 1. 1975	4051/47
38901	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 18. 3. 1975 zum Tarifvertrag über eine jährliche Zuwendung an Arbeiter der Landesversicherungsanstalt Westfalen vom 30. 10. 1973.	1. 1. 1975	4190/115

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
38902	Ergänzungstarifvertrag Nr. 21 vom 7. 11. 1974 zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der gewerblichen Berufsgenossenschaften im Bundesgebiet (BG-ArbT II) vom 17. 2. 1965	1. 1. 1975	4364/65
38903	Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 7. 1. 1975 zum Tarifvertrag über den Rationalisierungsschutz für Lohnempfänger der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet vom 31. 12. 1972 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4391/56
38904	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. 1. 1975 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Lohnempfänger der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet vom 12. 11. 1973 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4391/57
38905	Tarifvertrag vom 12. 1. 1975 zur Aufhebung des Tarifvertrages über die Nachdienstentschädigung für Arbeiter der Ortskrankenkassen im Bundesgebiet vom 16. 12. 1970 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 10. 1974	4391/58
38906	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 15. 3. 1975 zum Tarifvertrag zu § 73 (Besitzstandswahrung) des Manteltarifvertrages für Lohnempfänger der Ortskrankenkassen im Bundesgebiet (MTO II) vom 18. 9. 1964 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1973/1. 10. 1974	4391/59
38907	Monatslohnstarifvertrag Nr. 6 für Lohnempfänger der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet vom 17. 3. 1975 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4391/60
38908	Ergänzungstarifvertrag Nr. 19 vom 7. 11. 1974 zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Bundesknappschaft im Bundesgebiet (MTKn II) vom 26. 6. 1966 . . .	1. 1. 1975	4488/75
38909	Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum Tarifvertrag über den Rationalisierungsschutz für Arbeiter der Bundesknappschaft vom 30. 11. 1971	1. 1. 1975	4488/76
38910	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. 11. 1974 zum Tarifvertrag über eine jährliche Zuwendung für Arbeiter der Bundesknappschaft im Bundesgebiet vom 12. 10. 1973	1. 1. 1975	4488/77
38911	Tarifvertrag Nr. 314 über die Vergütung für Auszubildende der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 18. 4. 1975 (abgeschlossen mit der DAG und der Gew. ÖTV).	1. 1. 1975	5233/4
38912	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten	1. 1. 1975	5233/5
38913	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem DHV und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund	1. 1. 1975	5233/6
38914	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem VwA	1. 1. 1975	5233/7
38915	Manteltarifvertrag für Auszubildende der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet und in West-Berlin (MTAusb.-BfA) vom 1. 4. 1975 (abgeschlossen mit der DAG und der Gew. ÖTV).	1. 1. 1975	5233
38916	Manteltarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten.	1. 1. 1975	5233/1
38917	Manteltarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem DHV und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.	1. 1. 1975	5233/2
38918	Manteltarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem VwA	1. 1. 1975	5233/3
38919	Manteltarifvertrag für Auszubildende der Ortskrankenkassen im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 16. 1. 1975 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	5235
38920	Manteltarifvertrag für Auszubildende der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet vom 2. 1. 1975 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	5236
38921	Tarifvertrag über die Vergütungen vom 18. 3. 1975 wie vor	1. 1. 1975	5236/1

Gewerbegruppe XXVIII (Verkehrsgewerbe)

38922	Anschlußtarifvertrag mit der DAG vom 2. 1. 1975 zum Überleitungstarifvertrag für Angestellte der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen Aktiengesellschaft, Bochum, vom 1. 10. 1974	1. 10. 1974	4197/18
-------	---	-------------	---------

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
38923	Vierzehnter Tarifvertrag vom 10. 1. 1975 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages für Angestellte der Essener Verkehrs-Aktiengesellschaft, Essen, vom 23. 7. 1964	1. 1. 1975	4471/25
38924	Erster Tarifvertrag vom 28. 1. 1975 zur Änderung des Tarifvertrages über eine Zuwendung für Angestellte und Auszubildende der Essener Verkehrs-Aktiengesellschaft, Essen, vom 8. 1. 1974.	1. 1. 1975	4471/26
38925	Vierter Tarifvertrag vom 29. 10. 1974 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für Arbeitnehmer der Dortmunder Hafen und Eisenbahn Aktiengesellschaft, Dortmund, vom 3. 11. 1969/17. 3. 1971	1. 1. 1973/ 1. 10. 1974	4801/14
38926	Tarifvertrag über eine Urlaubsvergütung für Angestellte der Dortmunder Hafen und Eisenbahn Aktiengesellschaft und der Dortmunder Eisenbahn GmbH, Dortmund, vom 29. 9. 1974	1. 1. 1975	4801/15
38927	Manteltarifvertrag Nr. 3 für Bordpersonal der Bavaria Fluggesellschaft im Bundesgebiet in der Neufassung vom 24. 3. 1975.	1. 1. 1975	4857/9
38928	Rahmentarifvertrag für alle Arbeitnehmer (außer kaufmännische Angestellten) des Taucherei- und Bergungsgewerbes im Bundesgebiet mit Protokollnotiz in der Neufassung vom 18. 7. 1975.	1. 6. 1975	4939/7
38929	Lohntarifvertrag vom 22. 4. 1975 wie vor	1. 6. 1975	4939/8
38930	Gehaltstarifvertrag für Angestellte und Auszubildende des privaten Verkehrsgewerbes in Nordrhein-Westfalen vom 6. 3. 1975 (abgeschlossen mit der DAG und der Gew. ÖTV).	1. 3. 1975	5085/3
38931	Gehaltstarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem DHV	1. 3. 1975	5085/4
38932	Lohntarifvertrag Nr. 6 für Arbeitnehmer der LUG Luftfracht-Umschlag GmbH im Bundesgebiet vom 13. 3. 1975	1. 1. 1975	5092/4
38933	Gehaltstarifvertrag für Angestellte der Société internationale de Télécommunications Aéronautique Société Cooperative (S.I.T.A.) im Bundesgebiet vom 16. 5. 1975	1. 4. 1975	5093/3
38934	Manteltarifvertrag Nr. 2 für alle Arbeitnehmer der Germanair Bedarfsluftfahrt GmbH & Co. KG im Bundesgebiet vom 20. 3. 1975	1. 1. 1975	5117/7
38935	Manteltarifvertrag Nr. 2 für Bordpersonal der Germanair Bedarfsluftfahrt GmbH & Co. KG im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 24. 6. 1975	1. 1. 1975	5117/8
38936	Gehaltstarifvertrag Nr. 3 für Bordpersonal der Germanair Bedarfsluftfahrt GmbH & Co. KG im Bundesgebiet vom 24. 6. 1975	1. 1. 1975	5117/9
38937	Gehaltstarifvertrag für alle übrigen Arbeitnehmer wie vor	1. 1. 1975	5117/10

Gewerbegruppe XXX (Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen)

38938	Bezirks-Vergütungstarifvertrag für Angestellte kommunaler Betriebe in Nordrhein-Westfalen, die vom BAT ausgenommen sind, vom 17. 3. 1975.	1. 1. 1975	2821/36
38939	Dritter Tarifvertrag vom 28. 1. 1975 zur Änderung des Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende kommunaler Betriebe in Nordrhein-Westfalen vom 23. 12. 1970	1. 1. 1975	2821/37
38940	Änderungstarifvertrag vom 9. 12. 1974 zum Tarifvertrag über Zusatzurlaub bei gesundheitsgefährdenden Arbeiten für Arbeiter der Länder vom 17. 12. 1959.	1. 1. 1975	3370/87
38941	Tarifvertrag über die Bewertung des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit für Pflegepersonal der Universitätskliniken Köln vom 19. 8. 1975 zur Änderung des Tarifvertrages gemäß Nr. 6 Abschnitt B Abs. 5 SR 2 a BAT vom 1. 7. 1968.	1. 10. 1974	3750/1017
38942	Zweiter Tarifvertrag vom 6. 11. 1974 zur Änderung des Tarifvertrages für Angestellte des Betriebszweiges Köln-Frechen-Benzelrather Eisenbahn der Kölner Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft, Köln, vom 16. 8. 1971 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	3750/1018
38943	Sechzehnter Tarifvertrag vom 25. 2. 1975 zur Änderung der Bestimmungen des Bezirks-Zusatztarifvertrages für Nordrhein-Westfalen für Schulhausmeister gemäß § 6 Abschn. B Abs. 3 und 4 des BZT-A/NRW zum BAT vom 5. 10. 1961/ 15. 6. 1972	1. 7. 1975	3750/1019
38944	Siebzehnter Tarifvertrag vom 25. 3. 1975 zur Änderung und Ergänzung der Bestimmungen des Bezirks-Zusatztarifvertrages für Nordrhein-Westfalen zum BAT (BZT-A/NRW) über eine Rufbereitschaftsvergütung und Schicht-/Wechselschichtzulage für Angestellte im Hafenbetriebsdienst der Gemeinden vom 5. 10. 1961	1. 1. 1975	3750/1020

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
38945	Achtzehnter Tarifvertrag vom 7. 4. 1975 zur Änderung und Ergänzung der Bestimmungen des Bezirks-Zusatztarifvertrages für Nordrhein-Westfalen zum BAT (BZT-Ä/NRW) über eine Theaterbetriebszulage für Angestellte bei Theatern und Bühnen der Gemeinden vom 5. 10. 1961.	1. 1. 1975	3750/1021
38946	Sechsunddreißigster Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages für Angestellte von Bund, Ländern und Gemeinden (BAT) vom 23. 2. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 10. 1974/ 1. 1. 1975	3750/1022
38947	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. 11. 1974 zum Tarifvertrag über eine jährliche Zuwendung für Angestellte von Bund, Ländern und Gemeinden vom 12. 10. 1973 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3750/1023
38948	Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum Tarifvertrag für Medizinalassistenten wie vor	1. 1. 1975	3750/1024
38949	Tarifvertrag vom 7. 11. 1974 zur Änderung des Tarifvertrages zu § 71 (Besitzstandswahrung) des Bundes-Angestelltentarifvertrages für Angestellte von Bund, Ländern und Gemeinden vom 23. 2. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3750/1025
38950	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 6. 12. 1974 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Auszubildende von Bund, Ländern und Gemeinden im Bundesgebiet vom 12. 10. 1973 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG).	1. 1. 1975	3896/138
38951	Achtzehnter Tarifvertrag vom 7. 4. 1975 zur Änderung und Ergänzung der Bestimmungen des Bezirks-Zusatztarifvertrages für Nordrhein-Westfalen für Arbeiter bei Theatern und Bühnen der Gemeinden (BZT-G/NRW) vom 11. 9. 1962.	1. 1. 1975	3950/432
38952	Dritter Tarifvertrag vom 17. 3. 1975 zur Änderung des Bezirks-Zusatztarifvertrages für Nordrhein-Westfalen (BZT-G/NRW) über Erschweriszuschläge für das unter die Anlage 5 BMT-G fallende Haus- und Küchenpersonal in Einrichtungen der Gemeinden in der Fassung des Änderungstarifvertrages vom 16. 3. 1974	1. 1. 1975	3950/433
38953	Vereinbarung vom 17. 3. 1975 über die Monatstabellenlöhne für Arbeiter im Fahrdienst von Nahverkehrsbetrieben in Nordrhein-Westfalen gemäß § 4 Abs. 1 des Monatslohnstarifvertrages Nr. 6 für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet vom 17. 3. 1975	1. 1. 1975	3950/434
38954	Erster Tarifvertrag vom 6. 11. 1974 zur Änderung des Tarifvertrages über Zahlung von Aufwandsvergütungen und Güteprämien für Arbeiter im Fahr-, Verschiebe- und Zugabfertigungsdienst der Köln-Frechen-Benzerather Eisenbahn, Köln, vom 16. 8. 1971.	1. 1. 1975	3950/435
38955	Erster Tarifvertrag vom 11. 3. 1975 zur Änderung des Überleitungstarifvertrages für alle Arbeitnehmer des Talsperrenverbandes Eifel-Rur zur Übernahme in den BMT-G II und BAT vom 24. 9. 1973.	1. 1. 1975	3950/436
38956	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft der Polizei vom 28. 5. 1975 zum Tarifvertrag zur Änderung des Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter kommunaler Verwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet, zum Tarifvertrag zur Änderung des Tarifvertrages über die Rechtsverhältnisse für arbeiterrentenversicherungspflichtige Lehrlinge, zum 20. Ergänzungstarifvertrag zum BMT-G und zum Tarifvertrag zur Änderung des Tarifvertrages über den Rationalisierungsschutz für Arbeiter sämtlich vom 12. 6. 1974 sowie zum 21. Ergänzungstarifvertrag zum BMT-G und zum Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter vom 7. 11. 1974.	1. 1. 1975	3950/437
38957	Tarifvertrag über eine einmalige Zahlung an Arbeiter, Angestellte und Auszubildende des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 20. 3. 1975 (abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter)	April 1975	4001/345
38958	Lohntarifvertrag Nr. 13 für Arbeiter des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 20. 3. 1975 (abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter)	1. 1. 1975	4001/346
38959	9. Änderungsvertrag vom 20. 3. 1975 zur Sondervereinbarung für Arbeiter des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe im Straßenunterhaltungsdienst vom 23. 2. 1970 (abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter)	1. 5. 1975	4001/347
38960	Tarifvertrag Nr. 23 vom 6. 1. 1975 zur Änderung des Tarifvertrages gemäß § 7 der Anlage 7 zum BMT-G für Kreisstraßen- und -wegewärter im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 29. 11. 1968 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 11. 1974	4001/348
38961	Tarifvertrag Nr. 24 vom 24. 3. 1975 wie vor	1. 1. 1975	4001/349

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
38962	Tarifvertrag Nr. 25 vom 10. 4. 1975 wie vor	1. 1. 1975/ 1. 5. 1975	4001/350
38963	Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 7. 11. 1974 zum Tarifvertrag über den Rationalisierungsschutz für Arbeiter des Bundes und der Länder vom 29. 10. 1971 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4225/339
38964	Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. 11. 1974 zum Tarifvertrag über eine jährliche Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder vom 12. 10. 1973 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4225/340
38965	Ergänzungstarifvertrag Nr. 22 vom 7. 11. 1974 zum Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes (MTB II) vom 27. 2. 1964 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4225/341
38966	Ergänzungstarifvertrag Nr. 14 vom 7. 11. 1974 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen für Kraftfahrer des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr vom 5. 4. 1965 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4225/342
38967	Tarifvertrag über die Vergütungen für Chormitglieder beim Theater Oberhausen vom 1. 9. 1975.	1. 9. 1975	4304/44
38968	Monatslohtarifvertrag Nr. 5 für Arbeiter des Landschaftsverbandes Rheinland vom 18. 3. 1975 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4331/80
38969	Tarifvertrag Nr. 16 vom 4. 3. 1965 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages gemäß § 7 der Anlage 7 zum BMT-G II für Kreisstraßen- und -wegewärter im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland vom 23. 7. 1968 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 10. 1974	4332/111
38970	Monatslohtarifvertrag Nr. 6 für Arbeiter im Straßenunterhaltungsdienst des Landschaftsverbandes Rheinland vom 18. 3. 1975 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1975	4332/112
38971	Tarifvertrag vom 19. 3. 1975 wie vor, abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter.	1. 1. 1975	4332/113
38972	Anschiußtarifvertrag mit der Gewerkschaft der Polizei vom 20. 6. 1975 zum zehnten Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Versorgung für Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet (Vers-TV-G) vom 19. 11. 1974.	1. 1. 1974/ 1. 1. 1975	4525/67
38973	Tarifvertrag mit dem DHV wie vor.	1. 1. 1974/ 1. 1. 1975	4525/68
38974	Änderungsvereinbarung Nr. 11 vom 22. 5. 1975 zum Anhang H (Arbeitnehmer in Gaststätten- und Beherbergungsbetrieben) des Tarifvertrages für Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften im Bundesgebiet (TV AL II) vom 16. 12. 1966	1. 4. 1975/ 1. 5. 1975	4535/153
38975	Tarifvertrag über die Vergütungen für Mitglieder der Ballettgruppe des Theaters Oberhausen vom 1. 9. 1975.	1. 9. 1975	4631/19
38976	Dritter Tarifvertrag vom 19. 12. 1974 zur Änderung des Tarifvertrages über eine Ruhegeldordnung A für Arbeiter der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (RGO-A) vom 3. 12. 1970/31. 1. 1974.	1. 1. 1975	4892/13
38977	Fünfter Änderungstarifvertrag zur Ruhegeldordnung B wie vor.	1. 1. 1975	4892/14
38978	Vereinbarung Nr. 6 vom 17. 3. 1975 gemäß § 12 Absatz 2 des Tarifvertrages über eine Ruhegeldordnung A bzw. § 17 Absatz 2 des Tarifvertrages über eine Ruhegeldordnung B für Arbeiter der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen vom 3. 12. 1970	1. 1. 1975	4892/15
38979	Mindestgagentarifvertrag für Filmschaffende in Betrieben zur Herstellung von Filmen mit Spielhandlung im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 30. 6. 1975	1. 3. 1975	5183/1
38980	Ergänzungstarifvertrag vom 30. 6. 1975 zum Tarifvertrag für Filmschaffende in Betrieben zur Herstellung von Filmen mit Spielhandlung im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 1. 1. 1974	1. 7. 1975	5183/2

Für folgende Gewerbegruppen wurden in der Berichtszeit Tarifverträge zur Registrierung nicht vorgelegt:

I, III, V–X, XV, XVI, XVII, XVIII, XXV, XXIX, XXXI und XXXII.

Einzelpreis dieser Nummer 5,70 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.